



**Geschäftsführung  
Stadtarbeitsgemeinschaft  
Behindertenpolitik**

Frau Knaup

Telefon: (0221) 221-29661

Fax: (0221) 221-29166

E-Mail: maria.knaup@stadt-koeln.de

Datum: 15.05.2015

## Niederschrift

über die **Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 26.02.2015, 14:00 Uhr bis 16:30 Uhr, Stadthaus Deutz, Raum 16 F 43, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln (Deutz)

## Anwesend waren:

### Vorsitzende

Frau Beigeordnete Henriette Reker

### Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis
Frau Maria Hanisch	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Paul Intveen	Blinden- und Sehbehindertenverein Köln e.V.
Herr Horst Ladenberger	Zentrum für selbstbestimmtes Leben
Frau Barbara Röttger- Schulz	Polio Stammtisch
Herr Wolfgang Schmidt	Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven gGmbH
Herr Andreas Thermann	Arbeiterwohlfahrt
Herr Rainer Zuch	Synagogen-Gemeinde Köln

### Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Gisela Grüßer	VdK Köln
Frau Sandra Meinert	Rollstuhl-Club Köln e.V.
Herr Axel Spengler	Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft

### Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Herr Helmuth Krämer	DIE LINKE
Herr Manfred Waddey	GRÜNE
Herr Thomas Welter	CDU

## **Ständige Gäste**

Frau Judith Beckmann	KVB AG - Kölner Verkehrsbetriebe AG
Frau Julia Dölling	Sozial-Betriebe-Köln gGmbH
Herr Otmar Finkler	Polizei Köln - Kriminalkommissariat Vorbeugung

## **Verwaltung**

Herr Dr. Günter Bell	Behindertenbeauftragter
Frau Nina Rehberg	Verwaltung - Diversity (5001)
Frau Maria Knaup	Diversity - Fachstelle Behindertenpolitik
Frau Karen Bienasch	Amt für Wohnungswesen
Frau Sabine Brinkmann	Amt für Wirtschaftsförderung ; Kompetenzzentrum Frau & Beruf Region Köln
Herr Dieter Gorklo	Amt für Soziales und Senioren
Herr Ulrich Horn	Stadtplanungsamt
Herr Stephan Jacobs	E-Government und Online-Dienste
Herr Helmut Matzel	Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Frau Sabine Rauchschalbe	Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Herr Ronny Sämman	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Herr Stephan Zielinski	Bauaufsichtsamt

Frau Reker begrüßt die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik (SAB), die Sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner und die Gäste. Anschließend wird die Tagesordnung gemeinsam festgelegt.

Nach Veröffentlichung der Einladung am 05.02.2015 wurde noch folgende Vorlage veröffentlicht:

TOP 5.4 Berücksichtigung von Diversity im Haushalt der Stadt Köln – eine Investition in die Zukunft, Vorlage 0225/2015:

Diese Mitteilung wird für die heutige Sitzung zurückgezogen. Die Mitteilung soll auf der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 18. Juni 2015 behandelt werden.

Darüber hinaus wurde bei der Geschäftsführung noch ein weiterer Tagesordnungspunkt angemeldet:

TOP 5.5 Barrierefreie Umgestaltung von Fuß- und Radwegbrücken im Rahmen der Sanierung

Vorlage 1648/2014

Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wurden über die Ergänzung der Tagesordnung und die dazugehörigen Unterlagen unmittelbar nach Veröffentlichung im Internet per E-Mail informiert. Zum vorgeschlagenen TOP 6.1 Barrierefreie Ratssitzungen liegt keine Beschlussvorlage vor. Er wird daher unter Mitteilungen als neuer TOP 5.6 behandelt.

Die Vorlage und die Tagesordnungspunkte werden wie folgt in die Tagesordnung eingefügt:

I. Öffentlicher Teil

TOP 5.4 Barrierefreie Umgestaltung von Fuß- und Radwegbrücken im Rahmen der Sanierung,

Vorlage 1648/2014.

TOP 5.5

Barrierefreie Ratssitzungen

Die SAB beschließt die Tagesordnung einschließlich der Nachtragsordnungspunkte einstimmig.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

- 1 Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung**
- 2 Gespräch und Vorträge**
  - 2.1 Barrierefreies Wohnen  
hier: Auswertung der Veranstaltung anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderungen am 05.12.2014
- 3 Bericht des Behindertenbeauftragten**
  - 3.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 01/2015  
Bilanz der Fachstelle Behindertenpolitik für das Jahr 2014  
0346/2015
- 4 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
  - 4.1 Beförderungsverbot von Elektro-Scootern in Bussen und Bahnen der KVB  
hier: Sachstandsbericht der KVB  
0534/2015
  - 4.2 Barrierefreiheit Eis- und Schwimmstadion Lentpark  
0553/2015
  - 4.3 Rampe Domforum  
hier: Sachstandsbericht
  - 4.4 Fehlende Handlaufbeschriftungen an den Treppenaufgängen und - abgängen an den Haltestellen der Nord-Süd-Stadtbahn  
0537/2015
- 5 Mitteilungen**
  - 5.1 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2013  
3445/2014
  - 5.2 Barrierefreies Wohnen  
Dokumentation der Veranstaltung aus Anlass des Internationalen Tags der Menschen mit Behinderung am 5. Dezember 2014  
0359/2015

- 5.3 LVR-Ausstellung „erfasst, verfolgt, vernichtet“
- 5.4 Verweis aus dem Verkehrsausschuss  
Barrierefreie Umgestaltung von Fuß- und Radwegbrücken im Rahmen der Sanierung  
1648/2014

5.5 Barrierefreie Ratssitzungen

## **6 Beschlüsse und Beschlussempfehlungen**

6.1 Barrierefreies Wohnen - Schlussfolgerungen aus der Veranstaltung aus Anlass des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung am 05.12.2014  
hier: Resolution der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik: „Barrierefreies Wohnen“  
0450/2015

6.2 Barrierefreies Wohnen - Schlussfolgerungen aus der Veranstaltung aus Anlass des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung am 05.12.2014  
hier: Appell der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an das Land NRW  
0451/2015

6.3 Barrierefreies Wohnen - Schlussfolgerungen aus der Veranstaltung aus Anlass des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung am 05.12.2014  
hier: Appell der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an die Kölner Wohnungswirtschaft  
0454/2015

6.4 KIB – Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik 2015  
hier: Benennung von Jurymitgliedern

## **7 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates**

## **8 Verschiedenes**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Die Niederschrift der Sitzung am 08.12.2014 wurde am 28.01.2015 im Internet veröffentlicht.

#### **Beschluss:**

Es gibt einen Änderungswunsch von Herrn Intveen zu *TOP 4.1 Eis- und Schwimmstadion Lentpark*:

Herr Intveen merkt an, dass es den stimmberechtigten Mitgliedern in der StadtAG insbesondere darum gehe, deutlich zu machen, wie unzufrieden und enttäuscht sie über das Procedere seien und darüber, dass es keine Fortschritte gebe. Dies sei in der letzten Niederschrift nicht ausreichend aufgeführt.

Die Niederschrift wird mit der genannten Änderung einstimmig genehmigt.

### **2 Gespräch und Vorträge**

#### **2.1 Barrierefreies Wohnen hier: Auswertung der Veranstaltung anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderungen am 05.12.2014**

An dieser Stelle werden die TOP 5.2, 6.1, 6.2 und 6.3 zum Thema „Barrierefreies Wohnen“ mitbehandelt.

*(Anmerkung: Niederschrift jeweils beim entsprechenden TOP).*

### **3 Bericht des Behindertenbeauftragten**

#### **3.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 01/2015 Bilanz der Fachstelle Behindertenpolitik für das Jahr 2014 0346/2015**

Herr Dr. Bell stellt die vorliegende Bilanz vor. Zudem gibt er einen kurzen Ausblick.

Frau Reker bedankt sich für den Bericht und für die Arbeit der Fachstelle. Es habe vor der Zusammenlegung innerhalb der Dienststelle Diversity die Sorge in der StadtAG gegeben, dass die spezifische Arbeit zur Behindertenpolitik nicht mehr in der bisherigen Art und Weise fortgeführt werden könnte. Sie erlebe hingegen, dass die spezifische Aufgabe durch Herrn Dr. Bell und die Fachstelle Behindertenpolitik gut erledigt werde.

Herr Ladenberger ergänzt, dass man zwar die personellen Engpässe in der Fachstelle teilweise durchaus gespürt habe. Er spricht einen herzlichen Dank aus. Die Zusammenarbeit mit der Fachstelle sei so intensiv und fruchtbar wie in den Jahren zuvor. Die Fachstelle arbeite hochengagiert und hochkompetent. Er merkt positiv an, dass auch durch diese gute Zusammenarbeit die Interessen von Menschen mit Behinderung in Köln nach wie vor gut vertreten seien.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Bilanz zur Kenntnis.

#### **4 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**

##### **4.1 Beförderungsverbot von Elektro-Scootern in Bussen und Bahnen der KVB**

**hier: Sachstandsbericht der KVB  
0534/2015**

Frau Beckmann trägt den vorliegenden Sachstandsbericht der KVB AG vor (Anlage).

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Frau Reker dankt für den Bericht. Sie fragt, was die Motivation bzw. der Anlass des Gutachtens bei der KVB gewesen sei. Es habe ihrem Wissen nach keinen schweren Unfall o.ä. gegeben. Der Satz in der Stellungnahme sei etwas ungenau: „Aus Beobachtungen im alltäglichen Betrieb lässt sich dabei jedoch ein erhöhtes Gefährdungspotenzial (...) vermuten“. Sie fragt, ob etwas Konkretes passiert sei.

Frau Beckmann antwortet, dass glücklicherweise kein schwerer Unfall passiert sei. Es sei jedoch von Fahrern oder auch von Fahrgästen die Rückmeldung gekommen, dass E-Scooter umgekippt seien. Dadurch, dass kein Unfall passiert sei, gebe es jedoch keine Dokumentation. Die Betriebsleiter stünden in der Verantwortung für die Sicherheit aller Fahrgäste. Man habe sich mit diesem Thema befasst und im Jahr 2012 bereits schon einmal ein Mitnahmeverbot für E-Scooter ausgesprochen. Dies sei wieder zurückgenommen worden. Das ungute Gefühl der Betriebsleiter, dass eine Gefahrenlage vorliege, sei geblieben. Die Betriebsleiter stünden persönlich in der Haftung, wenn etwas passiere. Das Problem sei landes- und bundesweit bekannt. Eine einheitliche Lösung sei anzustreben. Um dies zu diskutieren, sei das Thema weitergetragen worden. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) habe daraufhin dieses Gutachten in Auftrag gegeben. Seit der Veröffentlichung des Gutachtens und der Empfehlung würden die Betriebsleiter, sollte etwas passieren, fahrlässig handeln. Nicht nur die Betriebsleiter, auch der jeweilige Fahrer, könnte persönlich haftbar gemacht werden. Die Gefährdungslage sei mit dem Gutachten rechnerisch für die Busse dokumentiert worden. Der Betriebsleiter der Stadtbahnen habe die Übertragbarkeit gesehen. Er lasse dies jedoch noch einmal überprüfen. Es sei der KVB nicht daran gelegen, jemanden auszuschließen, wenn es nicht sein müsse.

Frau Röttger-Schulz fragt nach anderen gefährdenden Gütern. Schwere Koffer, Kinderwägen oder Fahrräder, die in den Gängen oder am Abstellplatz stünden – würden bei diesen Dingen ebenfalls untersucht, wie sich bei scharfen Bremsungen verhielten?

Frau Beckmann antwortet, dass es bei Fahrrädern oder Gepäck klare Anweisungen gebe, wie sich Fahrgäste zu verhalten hätten um dies zu sichern. Personen, die Koffer oder Fahrräder mit sich führten, seien in der Regel auch in der Lage, dies zu sichern. Da das Gewicht eines E-Scooters sehr viel höher sei, sehe man diese Gegebenheit hier nicht. Es sei denn, es zeige sich, dass diese sich im Mehrzweckbereich dementsprechend positionieren könnten.

Herr Intveen fragt, ob in diesen Runden auch fernab des Themas *Haftung* über die bestehende Problematik gesprochen werde. Er drückt seinen Unmut darüber aus, dass diese Gesellschaft offensichtlich in der Lage sei, über das Thema *Haftung* hohe Werte einfach „abzuwählen“. Er verstehe die persönliche Entscheidung eines Be-

triebsleiters oder eines Betriebsfahrzeugführers, ein Risiko nicht verantworten zu können. Er empfinde es jedoch als beschämend, dass höhere Ebenen aus anderen Werten bzw. Gesichtspunkten heraus eine Verantwortlichkeit/Haftungsübernahme ablehnten. Es gehe darum, wie man argumentiere - ob ausschließlich aus Haftungsgesichtspunkten oder auch aus dem Wille heraus, als Mobilitätsanbieter die Mobilität zu gewährleisten. Ein Gutachter würde niemals letzte Risiken ausschließen. Aus seiner Sicht könnte man nur durch eine klare Richtungsänderung zu einem zufriedenstellenden Ergebnis kommen. Mobilität müsse gewährleistet werden. Zudem merkt er an, dass es beschämend sei, dass beim Treffen des Runden Tisches einem Mitglied des Verkehrsausschusses, welches auf einen E-Scooter angewiesen sei, der Zugang zum Treffpunkt zunächst durch das bestehende Verbot nicht möglich gewesen sei. Hier hätte von Anfang an ein anderer Ort gefunden werden müssen.

Herr Ladenberger schließt sich seinem Vorredner an. Zudem merkt er an, dass die Gespräche der runden Tische nicht einvernehmlich abgelaufen seien. Beispielsweise habe es kein Einvernehmen über die Übertragung der Gefährdungsabschätzung von Bussen auf Bahnen gegeben. Das Gutachten gebe dies nicht her. Manche Städte hätten das Mitnahmeverbot mittlerweile zurückgenommen. Zudem hätten der Landesbehindertenbeirat NRW sowie der Sozialausschuss des NRW-Landtages eine Resolution zum Thema einstimmig beschlossen. (Anlage). Er weist darauf hin, dass der AK Barrierefreies Köln und die StadtAG Behindertenpolitik am 18.12.2014 in ihrem Brief an die KVB AG ihre Kritik bereits ausführlich dargelegt hätten. Er betont, dass sie durch das Verbot derzeit ausgeschlossenen Personen keine Alternative hätten, mobil zu sein. Eine Lösung sei dringlich. Es sei wünschenswert, dass sich die gesamte StadtAG der von den Behindertenorganisationen vorgelegten Stellungnahme anschließe. Er erläutert die Stellungnahme, die den stimmberechtigten Mitgliedern vorliegt. Er ergänzt zwei Korrekturen.

Frau Reker sagt zu, die vorliegende Stellungnahme der StadtAG Behindertenpolitik dem Ausschuss für Soziales und Senioren zu seiner nächsten Sitzung zukommen zu lassen.

Frau Beckmann erklärt, dass die KVB Gespräche mit dem Deutschen Roten Kreuz und „Rolli op jöck“ geführt habe. Diese könnten jedoch keine E-Scooter transportieren. Sie betont, dass das Gutachten lösungsorientiert sei. Die Übertragbarkeit der Ergebnisse werde von Betriebsleitern im Bundesgebiet unterschiedlich bewertet. Das neue Gutachten der KVB solle Klarheit schaffen.

Herr Krämer fragt, ob die Stadtverwaltung eine Möglichkeit hätte, die Betriebsleiter von der Haftung zu entlasten.

Frau Reker antwortet, dass die Mobilität ein gemeinsamer Versorgungsauftrag von Stadtverwaltung und KVB sei. Die Stadt habe jedoch keinen Einfluss auf die unmittelbare Haftungsregelung. Sie spricht sich für eine schnelle Lösung aus.

Herr Ladenberger weist darauf hin, dass es in ganz Deutschland in den letzten Wochen große Verwirrung gegeben habe, wer überhaupt befördert werden dürfe. Es seien viele herabwürdigende, diskriminierende Situationen entstanden. Dies sei vor dem Hintergrund um die Diskussion um eine inklusive Gesellschaft unhaltbar.

Die StadtAG Behindertenpolitik schließt sich der Stellungnahme einvernehmlich an.



## **4.2     Barrierefreiheit Eis- und Schwimmstadion Lentpark 0553/2015**

Herr Zielinski berichtet, dass eine schriftliche Mitteilung vom Bauaufsichtsamt gefertigt worden sei. Er fragt, ob sie der Geschäftsführung zugegangen sein.

Frau Reker stellt fest, dass dies nicht der Fall ist.

*Anmerkung: Die Mitteilung 0553/2015 des Bauaufsichtsamtes ist nun veröffentlicht – siehe Anlage.*

Herr Zielinski trägt die Mitteilung mündlich vor. Man habe während der Genehmigungsphase die Barrierefreiheit den ausführenden Architekten überlassen. Viele Maßnahmen zur Sicherung der Barrierefreiheit seien in den Bauzeichnungen nicht erkennbar bzw. sei hier nicht erkennbar gewesen, dass die Maßnahmen fehlten. Daher fordere das Bauaufsichtsamt bereits länger ein Barrierefrei-Konzept. Er ergänzt zu der Mitteilung, dass die Leitung des Schwimm- und Eisstadions mehrfach versichert habe, dass im Sommer 2014 kein Mensch mit Behinderung nach einem behindertengerechten WC im Außenbereich nachgefragt hätte sondern dass das vorhandene behindertengerechte WC genutzt worden sei. Man werde dies im Auge behalten. Er hoffe, dass man das Thema von der Tagesordnung nehmen könne. Die angeführten Maßnahmen seien durchgeführt worden.

Frau Reker betont, dass der Bedarf einer behindertengerechten Toilette gegeben sei. Von der Tagesordnung könne man es erst nehmen, wenn das Thema komplett abgeschlossen sei.

Herr Zielinski macht deutlich, dass eine mögliche Ergänzung der BauO NRW (Landesbauordnung) um ein Barrierefreiheitskonzept zu einem großen Teil der Haltung der Großstadt Köln zu verdanken sei, da dies von ihr konsequent gefordert werde.

Herr Intveen äußert Überraschung darüber, wie und wann die Mitglieder der StadtAG informiert würden. Zudem bittet er darum, keine Überlegungen anzustellen, die sich darauf begrenzten, dass es aufgrund einer vermeintlich ausbleibenden Nachfrage keinen Bedarf gebe. Dies sei eine nicht akzeptable Haltung die nicht zur propagierten Haltung der Stadt passe. Er fordert das Bauaufsichtsamt auf, der StadtAG rechtzeitig zu den Sitzungen Informationen zur Verfügung zu stellen. Zudem weist er darauf hin, dass die zuvor behandelte Liste, wie darin aufgeführt, keine vollständige Mängelliste - sondern exemplarisch - sei. Er kündigt an, dass die Mitglieder der StadtAG auf die schriftliche Mitteilung reagieren und dies der Geschäftsführung zuleiten würden.

Herr Ladenberger betont, dass das Thema bei der nächsten Sitzung weiterhin auf der Tagesordnung erscheinen sollte.

Herr Zielinski erklärt, dass ein barrierefreies WC im Außenbereich ordnungsrechtlich erzwungen werde.

Frau Reker bedankt sich für die Klarstellung.

Die StadtAG Behindertenpolitik nimmt die mündlich vorgetragene Mitteilung zur Kenntnis.

#### **4.3 Rampe Domforum hier: Sachstandsbericht**

Herr Sämann erklärt, dass es zur ursprünglich geplanten Rampe unterhalb der Arkade keinen neuen Sachstand gebe. Die Beschlussempfehlung der StadtAG aus der letzten Sitzung, einen Standort außerhalb der Arkade zu finden, werde derzeit auf Umsetzbarkeit geprüft. Das Ergebnis werde dem Ausschuss für Soziales und Senioren sowie dem Verkehrsausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt. Die StadtAG Behindertenpolitik werde informiert.

Frau Reker ergänzt, dass sich der Stadtdechant nicht grundsätzlich gegen eine Rampe stelle, sondern dass man an dieser Stelle befürchte, dass die Rampe zum Skaten o.ä. zweckentfremdet werde.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

#### **4.4 Fehlende Handlaufbeschriftungen an den Treppenaufgängen und -abgängen an den Haltestellen der Nord-Süd-Stadtbahn 0537/2015**

Frau Beckmann trägt den schriftlich vorliegenden Sachstandsbericht vor.

Herr Intveen fragt, ob sie einen zeitlichen Ausblick geben könne.

Frau Beckmann antwortet, dass ihr dies leider nicht möglich ist.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

### **5 Mitteilungen**

#### **5.1 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2013 3445/2014**

Frau Reker berichtet, dass der Erfahrungsbericht vorliege. Frau Oswald sei in Urlaub, Fragen würden schriftlich beantwortet.

Herr Intveen merkt an, dass der Bericht keine Aussage dazu macht, inwieweit Menschen mit Behinderung, die keinen Zugang auf dem ersten oder zweiten Arbeitsmarkt finden, betroffen seien. Daher sei der Bericht schwer zu bewerten. Er weist darauf hin, dass sehr wenig Geld für die Arbeitnehmer zur Verfügung gestellt wurde und dass dieses nicht komplett verwendet wurde.

Herr Ladenberger weist darauf hin, dass die Anmerkungen der Vorjahre wiederholt werden könnten. Auf Seite 17 des Berichtes falle auf, dass insbesondere im einstellungsstarken Ausbildungsbereich sehr wenige Menschen mit Behinderung eingestellt worden seien.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **5.2      Barrierefreies Wohnen** **Dokumentation der Veranstaltung aus Anlass des Internationalen Tags** **der Menschen mit Behinderung am 5. Dezember 2014** **0359/2015**

Herr Dr. Bell erklärt, dass zum Schwerpunktthema „Barrierefreies Wohnen“ die Veranstaltung anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung am 05.12.2014 ausgewertet und inhaltliche Konsequenzen diskutiert werden sollen. Zu diesem Zweck sei eine Veranstaltungsdokumentation erstellt worden, die in der Sitzung ausliege.

Herr Ladenberger bedankt sich für die vorliegende Veranstaltungsdokumentation. Dies sei eine wichtige Grundlage für die weitere Arbeit zu diesem Thema.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **5.3      LVR-Ausstellung „erfasst, verfolgt, vernichtet“**

Herr Dr. Bell berichtet, dass es beim LVR Rheinland ab dem 17.04. für zwei Monate eine Ausstellung gebe, die über Kranke und Menschen mit Behinderung im Nationalsozialismus (Euthanasie-Morde) informiere. Der LVR organisiere ein umfangreiches Begleitprogramm. Für die Stadt Köln habe er ebenfalls ein Begleitprogramm mit insgesamt 14 Veranstaltungen koordiniert. Das Veranstaltungsprogramm werde in Kürze veröffentlicht und den Mitgliedern der StadtAG zugesandt.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **5.4      Verweis aus dem Verkehrsausschuss** **Barrierefreie Umgestaltung von Fuß- und Radwegbrücken im Rahmen** **der Sanierung** **1648/2014**

Herr Dr. Bell trägt die wichtigsten Inhalte vor.

Herr Intveen bemerkt, dass beispielsweise die Brücke am Lentpark hinsichtlich der Straßenführung sehr umständlich für alle sei.

Herr Waddey ergänzt, dass viele der in den 70er Jahre gebauten Brücken eine Steigung von ca. 10 Prozent hätten. Diese Brücken würden nun nach und nach sanierungsbedürftig. Durch die Untersuchung habe man einen Überblick. In nächster Zeit stünde die Sanierung von vier Brücken an. Es werde jeweils Vorlagen dazu geben.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **5.5      Barrierefreie Ratssitzungen**

Frau Reker erklärt, dass es derzeit es noch eine verwaltungsinterne Abstimmung der Beschlussvorlage gebe. Die Vorlage werde in der Sitzung am 18.06.2015 behandelt.

## **6 Beschlüsse und Beschlussempfehlungen**

### **6.1 Barrierefreies Wohnen - Schlussfolgerungen aus der Veranstaltung aus Anlass des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung am 05.12.2014**

**hier: Resolution der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik: „Barrierefreies Wohnen“  
0450/2015**

Herr Ladenberger berichtet, dass man im Nachgang zu dieser Veranstaltung die Notwendigkeit gesehen habe, sich zu diesem Thema an drei Adressaten zu wenden: An das Land NRW, an die Kölner Wohnungswirtschaft und an die Stadt Köln. Herr Ladenberger trägt die Resolution der Stadtarbeitsgemeinschaft „Barrierefreies Wohnen“ vor. Als Arbeitsgrundlage diene hierfür die Auswertung der Veranstaltung anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung am 5.12.2014 im Rathaus.

Herr Intveen fragt, ob es die Möglichkeit gebe, seitens der Stadt Köln eine härtere Position zu diesem Thema in Verhandlungen gegenüber Investoren einzunehmen. Schließlich bleibe der Immobilienmarkt in Köln auch unter bestimmten Anforderungen interessant für Investoren.

Frau Reker antwortet, dass sie seine Einschätzung grundsätzlich teile, dieses Anliegen jedoch ausschließlich an die zuständige Fachverwaltung weitergeben könne. Zudem sei es wichtig, dass die Stadt Köln eine Vorbildfunktion einnehme.

#### **Beschluss:**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt folgende geänderte Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren, der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, der Liegenschaftsausschuss und der Stadtentwicklungsausschuss beschließen folgende Empfehlung an den Rat:

„Der Rat möge beschließen:

Der Rat unterstützt die Resolution der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik „Barrierefreies Wohnen“.

Die Stadtverwaltung soll dem Rat *zu seiner Sitzung vor der Sommerpause (23.06.15)* zu jedem einzelnen der in der Resolution aufgeführten Punkte darlegen, wie diese umgesetzt werden können.“

### **6.2 Barrierefreies Wohnen - Schlussfolgerungen aus der Veranstaltung aus Anlass des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung am 05.12.2014**

**hier: Appell der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an das Land NRW  
0451/2015**

Herr Ladenberger erläutert, dass es zwei wesentliche Instrumente gebe: Das Ordnungsrecht - speziell die Landesbauordnung - sowie die Wohnungsbauförderung. Der Appell sei hochaktuell, da sich die Neuauflage der Landesbauordnung derzeit in Ab-

stimmung befinde. Herr Ladenberger trägt den Appell der Stadtarbeitsgemeinschaft vor.

Herr Ladenberger ergänzt dem vorliegenden Appell, dass in der Landesbauordnung auch Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen vorhanden sein müssten. Dieser Punkt solle dem Appell noch hinzugefügt werden.

### **Beschluss:**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt folgende Beschlussempfehlung:

### **Beschlussempfehlung für den Rat der Stadt Köln**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren, der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, der Liegenschaftsausschuss und der Stadtentwicklungsausschuss beschließen folgende Empfehlung an den Rat:

„Der Rat möge beschließen:

Der Rat schließt sich dem Appell der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an das Land NRW an.“

### **6.3      Barrierefreies Wohnen - Schlussfolgerungen aus der Veranstaltung aus Anlass des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung am 05.12.2014 hier: Appell der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an die Kölner Wohnungswirtschaft 0454/2015**

Herr Ladenberger trägt den Appell an die Kölner Wohnungswirtschaft vor.

### **Beschluss:**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt diesen Appell einvernehmlich.

Der Appell soll folgenden Ausschüssen als Mitteilung bekannt gemacht werden:

- Ausschuss für Soziales und Senioren
- Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
- Liegenschaftsausschuss
- Stadtentwicklungsausschuss

### **6.4      KIB – Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik 2015 hier: Benennung von Jurymitgliedern**

Herr Dr. Bell berichtet, dass in diesem Jahr wieder ein Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik (KIB) verliehen werde. Die Veranstaltung werde voraussichtlich am Montag, 30. November 2015, stattfinden. Der Jury gehören u.a. zwei Personen an, die von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik gewählt werden.

## **Beschluss:**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik benennt als Mitglieder der Jury des Kölner Innovationspreises Behindertenpolitik 2015 einstimmig Herrn Horst Ladenberger und Frau Ute Palm.

## **7 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates**

### **8 Verschiedenes**

- Herr Intveen thematisiert die Aktualisierung von Planungshandbüchern der Stadt Köln hinsichtlich DIN-Vorgaben und Weiterentwicklung der Technik.  
Herr Dr. Bell schlägt vor, das Thema in den verwaltungsinternen Arbeitskreis Behindertenpolitik zu geben und dort eine Abfrage der relevanten Planungshandbücher und des Aktualisierungsstandes zu starten. Er werde in der kommenden Sitzung der StadtAG berichten.
- Herr Jacobs berichtet, dass die Onlineredaktion im März einen Gebärdensprachfilm auf der städtischen Internetseite einbinden werde. Hier werden in Gebärdensprache und mit Untertitel Informationen über den Inhalt und die Navigation und Funktionsweisen der Seite gegeben. Der Kontakt zu den Organisationen der StadtAG sei hierfür sehr hilfreich gewesen. Für diejenigen, die hören können, werde ebenfalls im März ein Websprachdienst integriert, der die Inhalte der Internetseite vorlese.

Gez. Beigeordnete Henriette Reker  
(Vorsitz)